

## Der Verstand hat gesiegt

Für eine „fast unsinnige Mehrheit“ hält der Verfassungsrechtler **Christian Graf von Pestalozza** die erforderlichen 25 Prozent-Ja-Stimmen bei Berliner Volksentscheiden. Nun, das finde ich nicht. Die Hürde ist angemessen, denn sonst würden die Begehrlichkeiten nach Volksentscheiden ausufernd. Wir dürfen nicht vergessen, dass wir eine repräsentative Demokratie haben. Man kann über Politiker sicherlich immer wieder meckern, unser politisches System hingegen hat sich seit 1949 stabilisiert und bewährt.

Es ist gut, dass nunmehr nicht ein Gesetz greift, das ein pseudodemokratisches Gremium wie den Verwaltungsrat des geplanten Stadtwerkes installieren wollte. Zwar sollten dem Aufsichtsgremium die Senatoren für Wirtschaft und Umwelt angehören, aber auch 13 andere Mitglieder. Sechs von ihnen sollten direkt von den „Energieverbraucherinnen und Energieverbrauchern“ gewählt werden. Nicht erwähnt wurde, ob diese Verbraucher beim Stadtwerk oder anderswo ihren Strom kaufen müssen/können. Während die Frage, wie viele Frauen und Männer in dieser Kategorie anteilig gewählt werden dürften, nicht geregelt war, gab es eine solche in der Abteilung Beschäftigtenvertreter/innen, wo sieben Positionen zur Verfügung stehen sollten. Dort hätten „mindestens drei Männer und drei Frauen“ gewählt werden sollen. Der ganze Absatz Verwaltungsrat widerspricht den Grundsätzen unserer repräsentativen Demokratie. Über eine städtische Einrichtung können nicht mehrheitlich direkt gewählte Mitglieder und Beschäftigte entscheiden und das Abgeordnetenhaus wird außen vor gelassen. Volksentscheid hin oder her, dieser Passus wäre vermutlich nie Gesetz geworden.

Natürlich ist es schön, wenn alle Elemente der Daseinsvorsorge in staatlicher Hand sind. So ist die Welt aber nicht mehr. Rückkäufe sind immer teurer als die Erlöse aus den ursprünglichen Verkäufen. Das haben offenbar die meisten Berliner erkannt und sind zu Hause geblieben.

Die Zeit, in der es in Berlin alles doppelt gab, den Zoo, die Oper, den Fernsehturm usw. ist eigentlich längst vorbei. Ab dem 3. November sollten sich zu den beiden Zoos und Fernsehtürmen noch zwei Stadtwerke und zwei Netzbetreibergesellschaften gesellen, denn die Bildung eines Stadtwerkes ist beschlossen und die Netzgesellschaft gibt es bereits.

Das war der größte Rosstäuschertrick des Energietisches, den Menschen einzureden, dass mit der Schaffung einer Netzgesellschaft zum 1.1.2015 das Berliner Stromnetz hätte übernommen werden können, also „Vattenfall den Stecker ziehen“, wie es der Energietisch formulierte. Jeder weiß, dass Berlin weder das Stromnetz durch Gesetz oder Kauf erwerben kann. In der Broschüre, die alle Abstimmungsberechtigten zugesandt bekommen hatten, heißt es: „Vielmehr wird derzeit ein bundesgesetzlich und europarechtlich zwingendes, diskriminierungsfreies und faires Wettbewerbsverfahren

durchgeführt. In diesem Verfahren hat sich ein landeseigenes Berliner Unternehmen innerhalb der gesetzlichen Fristen im April 2012 beworben und seine Eignung bis zum Fristablauf im Mai 2013 dargelegt.“ Die nun durch Volksentscheid beschlossene Netzgesellschaft kann sich überhaupt nicht mehr an dem Verfahren beteiligen. Vermutlich haben die Befürworter des Volksentscheids diese Passage auf Seite 27 von 30 nicht gelesen. Guten Argumenten gegen den Volksentscheid waren viele ohnehin nicht aufgeschlossen.

Nein, kein Geld an Vattenfall, und schon gar nicht Gewinne nach Schweden überweisen. Das ist ja alles ganz furchtbar. Lieber wollte man Millionen in ein weiteres schwarzes Loch schütten, das sich diesmal allerdings in Berlin und nicht auf Brandenburger Boden befunden hätte. Der Energietisch hat verloren, Berlin gewonnen, oder doch nicht?

Mit dem Scheitern des Volksentscheids sind die Probleme für Berlin nicht vom Tisch. Wäre der Volksentscheid erfolgreich gewesen, hätte man für alle finanziellen Probleme einen Schuldigen gehabt, nämlich den Energietisch und alle Berliner, die zugestimmt haben. Nun haben wir dennoch ein Stadtwerk, die Nr. 317 von allen Stromanbietern in der Stadt, und eine kommunale Netzgesellschaft, die sich schon um das Stromnetz beworben hat. Dafür können wir uns beim Senat und Abgeordnetenhaus bedanken.

Wenn die Berliner Netzgesellschaft das Verfahren gewinnt, muss sie erst einmal in den Besitz des Netzes kommen. Zwischen drei und vier Milliarden Euro könnte das kosten. Ein Kauf auf Pump, natürlich, wie sonst?

Und das Stadtwerk? Die Auswahl an Stromlieferanten ist in Berlin groß, wie gesagt 317! Niemand sage, dass es hier keine Auswahl gäbe. Im Internet kann man sich den jeweils preiswertesten Strom für sein Wohngebiet aussuchen. Es gibt ein altes Prinzip, das besagt, dass der Staat dort nicht mit Angeboten aufwarten sollte, wo diese bereits von Privaten erfolgen. Der Beschluss über die Gründung eines Stadtwerkes, den SPD und CDU noch kurz vor dem Volksentscheid getroffen haben, ist deshalb genauso unsinnig wie das Anliegen des gescheiterten Volksentscheids.

Wer unbedingt, weil es so schön beruhigend für das Gewissen ist, Öko-Strom haben möchte, braucht kein Stadtwerk in Berlin. Jeder Öko-Strom-Bezieher sollte nie vergessen, dass alle Stromsorten, die angeboten werden, durch ein und dieselbe Leitung seine Wohnung erreichen. Viele glauben offenbar immer noch, dass es technisch möglich ist, nur den bestimmten Strom bei sich ankommen zu lassen, den man bestellt hat. Vielleicht gibt es diese Möglichkeit irgendwann einmal, aber noch nicht heute.

Die preiswerteste Variante für Berlin wäre gewesen, einfach mal alles so zu belassen wie es ist. Die Politik ist wegen des Volksentscheids in Panik geraten. Verzockt, liebe Freunde, auf unsere Kosten.

**Ed Koch**